

Leipziger Tageblatt

III

Anzeiger.

N^o 51.

Sonnabend, den 20. Februar.

1847.

Außerordentlicher Landtag.

(Schluß des Berichts über die Sitzung der 2. Kammer vom 17. Febr.)

Königl. Commissar Kohlschütter bemerkt: daß ein Trucsystem bei der sächsisch-bairischen Eisenbahn stattfinden solle, das müsse nur auf Mißverständnissen beruhen, denn ähnliche Vorkommnisse bei den Aufsehern seien streng untersagt und beziehentlich geahndet worden. Bei Fabriken seien deshalb schon Erörterungen angestellt worden, indes sei der Gegenstand nicht so leicht abzustellen. Abg. Schmidt: er habe den von den Schachtmeistern verübten Unfug gemeint; daß die Arbeiter nicht Beschwerde führten, sei natürlich, denn sie hätten damit riskirt, ihre Arbeiten zu verlieren. Hensel aus Bernstadt: Wer sei zu der armen arbeitenden Classe, von welcher hier die Rede, zu zählen? Alle die, welche von der Hand in den Mund leben, das Proletariat, welches man in allen Kategorien der Gesellschaft finde, vorzugweise freilich aber in den Fabrikdistricten. Ihr Zustand sei nicht nur nahrungs-, sondern auch rechts-, bildungs- und sittenlos. Sie seien nicht vertreten in dieser Kammer, sie besäßen nicht die Mittel, einige Bildung zu erlangen, denn der Schulunterricht, welchen sie genöfien, reiche nicht aus; daher auch ihr moralisch gesunkener Zustand. Die Insassen der Strafanstalten stammten hauptsächlich aus dieser Classe her. Daß der Staat berechtigt sei, hier einzugreifen, bezweifle er nicht; denn jener habe die Aufgabe, alle in seinem Verbande Lebenden zur möglichsten Vollkommenheit gelangen zu lassen. Das könne freilich nicht in einem Augenblicke geschehen, da die Mittel hierzu verschiedener Art wären; hauptsächlich sei zu berücksichtigen der Weg allmählicher geistiger und sittlicher Fortentwicklung. Von den von der Deputation gemachten Vorschlägen könne er den zu Verhinderung frühzeitiger Heirathen nicht billigen, da er der Gerechtigkeit völlig widerspreche. Bezirksarbeitshäuser für die Armen würden weiter nichts sein als Zwangsanstalten. Die in ihren Vorschriften strenge Armenordnung nöthige schon den Arbeitsscheuen zu arbeiten. Außerdem beständen ja noch die Correctionshäuser. Für eine Auswanderung sei er nicht, denn die belege nur, daß der Staat keine andern Mittel mehr habe, die Folgen der Ueberbevölkerung abzuleiten. Die Anlegung von Mehl- und andern Magazinen müsse mehr den Gemeinden überlassen werden. Wünschenswerther, weil nützlicher erscheine ihm statt des Instituts der Enquêtes die Bildung von Vereinen zur Abhilfe der äußern, wie innern Nothstände, jene zusammengesetzt aus Sachverständigen, die in das Wesen der Sache und die Verhältnisse tiefer eindringen könnten, als die für die augenblickliche Noth gebildeten Vereine. Man müsse bei denen, die völlig ausgeschlossen seien von der Gesellschaft der Besthenden,

nicht nur der äußeren Noth, sondern auch der geistigen beikommen. Mittel dazu seien Schulen, vornehmlich Sonntagsschulen, freie Besprechung der Zustände u. s. f. Der vom Abgeordneten auf Gründung solcher Vereine gestellte Antrag wird zahlreich unterstützt. Nach einer Zwischenbemerkung des Referenten Scheibner erhebt sich Dr. Schaffrath für die, welche in diesem Saale nicht vertreten seien, für die Arbeiter, welche nur arbeiten und nicht genießen, deren Existenz jeden Tag eine unsichere sei, für den vierten Stand, das Proletariat, „die, welche uns nicht mit gewählt haben,“ für das Proletariat, das auch in Sachsen nicht mehr zu läugnen sei, möge es nun Ackerbau-, Fabrik- oder Literaten-Proletariat sich nennen. Er schließe hiervon aus, die nicht arbeiten wollten, die Faulen, Lüderlichen, und meine nur die redlichen Arbeiter, die in einem Zustande seien, den ein christlicher Staat nicht dulden sollte. Ursache zu diesem Zustande sei die übermäßige Herrschaft des Capitals, des Geldes und die Geringschätzung der Arbeit, und es sei doch das allergeringste Verdienst, Geld zu haben, wenn man es nicht durch Arbeit erworben. Schuld daran sei zum Theil unsere Gesetzgebung, denn sie verleihe dem Gelde, dem Capital Schutz, sie setze es über die Arbeit; so die Verfassungs-Urkunde, die Städteordnung, die Landgemeindevordnung, die dem Arbeiter die politischen Ehrenrechte entzögen. Die moralische Geringschätzung erhöhe auch die materielle Noth. Ein anderer Grund liege in der großen Vereinzelnung der Arbeit, der zu großen Trennung der Innungen; man solle daher das Arbeitsgebiet vergrößern; ferner im Steuersysteme, welches die Arbeit mit Steuern belaste, während es das Capital unbesteuert lasse; eben so in der Stempelsteuer, die den eben so viel Steuer zahlen lasse, der 10,000 Thlr., als der nur über 20 Thlr. einklage; weiter die Elbschiffahrtsacte; dann in dem Gesetz, welches die Theilbarkeit des Grundes und Bodens erschwere, was schon in national-ökonomischer Hinsicht verwerflich sei; man solle lieber die Domainen und Kammergüter für die Armen zerschlagen. Dazu gehöre auch die Einhaltung des Grundes und Bodens in tochter Hand, Klöster und Stiftungen. Außerdem könnte vom Staate noch mehr gethan werden durch Creditanstalten, eine Art von schottischer Volksbank; er müsse sorgen für die kranken Arbeiter, so gut wie für die Witwen und Waisen der Staatsdiener. So gut und wohlthätig das Institut der Sparcassen, so könne ein anderes, die Creirung eines kleineren zinsenbringenden Staatspapiers, noch bessere Dienste leisten. Die von Hensel II. beantragten Vereine werde die Regierung kaum genehmigen, nachdem sie an den Gymnasialverein dahier am 7. December vor. J. eine Verordnung erlassen habe, die er geradezu als unchristlich bezeichnen müsse. Der Redner